



## **Finanzielle Auswirkungen**

**Finanzielle Auswirkungen:**

ja  nein

**Auswirkungen auf den Stellenplan:**

ja  nein

**Auswirkungen auf den Klimaschutz:**

positiv

neutral

negativ

### **Sachverhalt:**

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Gemeinderat hat am 22.06.2021 einen Antrag gestellt (Anlage 1). Ziel dieses Antrags ist es, dass die Stadt Wendlingen am Neckar den Städteappell der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) unterstützt.

Die Unterstützung soll gut sichtbar auf der Website der Stadt Wendlingen am Neckar zum Ausdruck gebracht werden.

Der Vertrag über das Verbot von Kernwaffen wurde von den Vereinten Nationen am 7. Juli 2017 mit 122 Stimmen verabschiedet. Er trat aber erst am 22. Januar 2021 nach Artikel 15 Absatz 1 in Kraft, nachdem am 24. Oktober 2020 die 50. Ratifizierung erfolgte. Der Vertrag ist mittlerweile von 51 Staaten ratifiziert und von 86 Staaten unterzeichnet.

Die Atomkräfte sind dem Vertrag nicht beigetreten. Auch Deutschland, das aufgrund seiner NATO-Mitgliedschaft im Rahmen der nuklearen Teilhabe in einen potentiellen Einsatz von Atomwaffen involviert war, ist dem Vertrag bis dato nicht beigetreten. Da nach wie vor auch Atomwaffen in Deutschland stationiert sind, ist die Bevölkerung vom Einsatz von Atomwaffen unmittelbar bedroht und damit auch die Bürgerinnen und Bürger in Wendlingen am Neckar. Insoweit ist eine Befassung mit diesem Thema als Gemeinderat der Stadt begründbar, zumal der Gemeinderat nicht aufgefordert wird, außerhalb seiner Zuständigkeit Beschlüsse zu fassen.

Die Organisation Mayors for Peace setzt sich seit ihrer Gründung im Jahr 1982 für die Verhinderung der weltweiten Verbreitung und Beschaffung von Atomwaffen ein. Das weltweite Städtebündnis mit rund 8.000 Mitgliedern, darunter 700 Städten in Deutschland, begrüßt das Inkrafttreten des Atomwaffenverbotsvertrags ausdrücklich. Auch Bürgermeister Steffen Weigel ist, wie 13 weitere Kolleginnen und Kollegen im Landkreis Esslingen, Mitglied der Mayors for Peace.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bisher die Unterzeichnung des Vertrags mit der Begründung abgelehnt, dass ein vollständiger Verzicht auf Atomwaffen für Deutschland nur Zug um Zug im Verhältnis zu anderen Atomwaffen besitzenden Nationen im Wege von entsprechenden Abrüstungsverhandlungen erreicht werden kann. Ein einseitiges Verzichten berge ein großes Risiko für die eigene Bevölkerung.

ICAN Deutschland, das 2017 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet worden ist und Teil der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ist, sowie die Mayors for Peace vertreten jedoch die Ansicht, dass das Vorhandensein der atomaren Abschreckung an sich ein deutlich höheres Risiko für mögliche zukünftige atomare Auseinandersetzungen darstellt.

Durch die Unterzeichnung des genannten Vertrages verpflichtet sich jeder Staat dazu, keine Atomwaffen zu testen, zu entwickeln, zu produzieren und zu besitzen. Darüber hinaus verpflichten sich Personen, die von Kernwaffentests oder –einsätzen betroffen sind, umfassende Hilfe zu leisten und geeignete Maßnahmen zur Umweltsanierung der kontaminierten Gebiete in ihrem Hoheitsgebiet zu ergreifen. Auch nach Inkrafttreten des Vertrags ist ein Beitritt weiterer Staaten möglich.